



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/215 - 17.9.1952

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 37654-59  
Fernschreiber 039890

Westverträge und deutsche Wiedervereinigung	S. 1
Zum Nein der SPD in Straßburg	S. 3
Dänemarks Stellung in der NATO-Konzeption	S. 4
Dehler belehrt die Schweiz ...	S. 6
Um den Ausbau des Hochrheins	S. 7

## Das Konzept des Bundeskanzlers

H.W.E. Das vorrangige Ziel einer deutschen Politik hat die Erhaltung des Friedens und zugleich die Wiedergewinnung der Einheit und Freiheit zu sein. Bundeskanzler Adenauer behauptet, genau dies sei sein Bestreben. Der Weg jedoch, den er mit eiserner Konsequenz geht, und seine Verbündeten, denen er sich verschworen hat, führen ganz woanders hin.

Gewiß, die westlichen Vertragspartner erklären als ihr gemeinsames Ziel: Die Wiederherstellung eines völlig freien und vereinigten Deutschlands auf friedlichem Wege und die Herbeiführung einer frei vereinbarten friedensvertraglichen Regelung. Um aber die Aufrichtigkeit dieser papierernen Beteuerung im rechten Licht zu sehen, braucht man nur an zweierlei zu erinnern:

1. daß Frankreich, trotz der Montan-Union, schon die auch nur verwaltungsmäßige Rückgliederung der Saar an das halbe westliche Deutschland unannehmbar erscheint und daß es gar bei dem Gedanken an ein wiedervereinigtes Deutschland von Angstträumen befallen wird, und 2. daß diesem selben Frankreich hinsichtlich der Wiedervereinigung Deutschlands in den Artikeln 7 und 10 des Generalvertrages, also gleich zweimal, das Vetorecht eingeräumt worden ist.

Von der Sowjetunion, ohne deren Einwilligung es weder einen Friedensvertrag mit Deutschland noch eine deutsche Einheit

geben wird, ist nicht die Rede. Damit stellt sich die Frage: Wie soll denn überhaupt die Wiedervereinigung Deutschlands auf friedlichem Wege herbeigeführt werden? Der Bundeskanzler und seine westlichen Partner beteuern: Durch unsere gemeinsame und wachsende Stärke. Also die Spekulation auf ein Weichwerden Moskaus? Und wenn nun die Sowjets nicht vor dem Westen kapitulieren, was dann? Etwa Krieg? Und in Deutschland, mit deutschen Divisionen auf beiden Seiten, mit verbrannter Erde und Atombomben, noch viel verheerender als das letzte Mal?

Der republikanische USA-Präsidentenskandidat Eisenhower rief unlängst zu einem Kreuzzug gegen die Sowjets auf; er wolle "niemals haltmachen, bis die Schutzflut des aggressiven Kommunismus in ihre eigenen Grenzen zurückgedrängt ist". General Eisenhowers präsumtiver Außenminister, Dulles, bestätigte tags darauf diese Zielsetzung. Dem amerikanischen Oberbefehlshaber der Atlantikpakt-Streitkräfte sollen Adenauers westdeutsche Divisionen unterstellt werden. Nun sagte Dulles zwar, die Sowjetunion solle "von innen heraus" unterhöhlt werden. Durch Kinderluftballons mit Propagandatraktätchen? Und wenn sich die Sowjets, wofür alles spricht, nicht aushöhlen lassen, was dann? Niemals wollen Eisenhower und Dulles ruhen, bis... Und wenn sich die Sowjets das eines Tages nun selbst nicht mehr in Ruhe mit ansehen, sondern zuschlagen? Dann wird Deutschland im günstigsten Falle auf dem linken Ufer des Rheins verteidigt, wie führende Militärexperten der Atlantikpakt-Streitkräfte dankenswerterweise (und der Wahrheit gemäß) offen verkündet haben.

Das also ist das Konzept des Bundeskanzlers, der Vierer-Verhandlungen mit der Sowjetunion gegenwärtig für unnütz hält. Er übersieht dabei offenbar, daß Deutschland heute und in Zukunft der unmittelbare Nachbar der Sowjetunion ist, mit der in ein erträgliches Verhältnis zu kommen Voraussetzung für einen Friedensvertrag ist, der allein Deutschland seine Einheit, Unabhängigkeit und Freiheit zurückgeben kann.

+ + +

Kein Vorgriff auf den EVG-Vertrag

(sp) Die Erklärung, die der sozialdemokratische Abgeordnete Herbert Wehner in der Gemeinsamen Versammlung der "Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl" in Straßburg abgab und in der er die Ablehnung der SPD begründete, an der Ausarbeitung einer Verfassung für eine supernationale politische Behörde mitzuarbeiten, sind in der Presse irreführende Berichte erschienen. Wir geben im folgenden die entscheidenden Stellen dieser Erklärung wieder:

"Diese Versammlung ist das Parlament der Gemeinschaft für Kohle und Stahl. Ihre Pflichten und Rechte sind im Vertrag festgelegt.

Die personelle Zusammensetzung der Versammlung ist nicht identisch mit der Beratenden Versammlung des Europarates. Es gibt manche Unterschiede, die offenbar darauf zurückzuführen sind, daß die Parlamente der einzelnen Staaten bei der Delegation ihrer Mitglieder für die Gemeinsame Versammlung der "Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl" sich davon leiten ließen, daß Aufgaben, die zum Teil völlig neuartig sind, auch andere Personen erfordern. Wir sind erst am Beginn unserer Arbeiten. Es wird vernünftig sein und liegt im Interesse der Sache, daß die Mitglieder dieser Versammlung nicht ihre Kräfte überladen und sich nicht abdrängen lassen. Hierfür sind schon die ersten Schritte entscheidend.

Den deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten scheint es, daß durch die Intervention des Vorsitzenden des Ministerrates, namens der sechs Außenminister, die Aufmerksamkeit der Versammlung von ihren vorranglichsten Aufgaben abgelenkt zu werden droht.

Die Versammlung muß sich nach allen Seiten sichern, damit sie nicht in die Lage versetzt wird, ein Gremium zu werden, das lediglich Ausführungen der Hohen Behörde oder des Ministerrates anzuhören und allgemein zu diskutieren hat.

Wir wenden uns gegen einen Vorgriff auf den noch nicht ratifizierten EVG-Vertrag.

Wenn die durch den Vorschlag der sechs Außenminister als Einzelpersonen angesprochenen Mitglieder dieser Versammlung sich entschließen sollten, der Aufforderung des Ministerrates zu folgen, so würde es sich bei der dadurch entstehenden "Versammlung" um eine völlig neue Versammlung handeln. Es wäre eine Versammlung mit anderen Aufgaben und anderen materiellen Grundlagen.

Wir wünschen die Konzentration der Gemeinsamen Versammlung der "Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl" auf die Aufgaben, die ihr durch den Vertrag auferlegt sind.

Wir werden gegen den Vorschlag des Präsidenten stimmen, dem Vorschlag der sechs Außenminister beizutreten".

+ + +

Um die Verteidigung Dänemarks

KRK - Kopenhagen

Die großen Manöver der Atlantikpaktmächte in der Ostsee, die eben jetzt durchgeführt werden, haben mehr als alle bisherigen Aussprachen in der dänischen Presse der dänischen Bevölkerung klargemacht, daß Dänemark eine entscheidende strategische Stellung hat. Das Neutralitätsdenken der Dänen, das tief eingewurzelt gewesen ist, weicht immer mehr einem aktiven Verteidigungswillen. Der strategische Gedanke, der hinter den Manövern liegt, ist jedoch nicht nur auf die Verteidigung Dänemarks gerichtet, sondern auch darauf, daß Dänemark in einer gewissen Phase des möglichen Krieges zwischen Ost und West ein wichtiger Stützpunkt für Angriffshandlungen der atlantischen Armeen und Luftstreitkräfte werden kann.

Die Verteidigung Dänemarks ist schwieriger als jene Norwegens, und eben dies ist auch der Grund, daß man in Dänemark viel williger ist, schon in Friedenszeit der Atlantikarmee Luftstützpunkte im Lande zu überlassen. Die Ostgrenze Norwegens ist in hohem Maße durch die schwedische Neutralität gedeckt. Mit Ausnahme der unwegsamen nördlichsten Gebiete in der Gegend von Hammerfest hätten die russischen Armeen keine Möglichkeit, auf norwegisches Gebiet zu kommen, ohne schwedisches zu verletzen. Eine Verletzung der schwedischen Neutralität würde jedoch unweigerlich das militärisch sehr starke Schweden kriegführend auf die Seite der Westmächte treiben und die Aussichten der Russen auf dauernde Eroberungen in der Ostsee von vornherein zunichte machen. Norwegen kann sich selbst verteidigen, bis die Hilfe von auswärts eingetroffen ist.

Nicht so Dänemark. Das dänische Inselsystem liegt für die Luftlandung von Truppen ebenso offen wie für Angriffe von der See her. Die russischen Flugzeuge können z.B. über Kopenhagen sein, ehe die dänischen Jagdflugzeuge von ihren Stützpunkten auf Jütland an das gleiche Ziel gelangt sind. Die russischen Armeen können außerdem von Süden her die Halbinsel Jütland besetzen, wenn sie nicht durch das ständige Vorhandensein einer schlagkräftigen Verteidigung davor gewarnt oder daran gehindert werden. Vom Standpunkte der bloßen Verteidigung des Landes aus ist es also wichtig, daß der Öresund

für die Einheiten der vereinigten Flotte offengehalten wird. Eine starke Kriegsflotte der Atlantikmächte in der Ostsee würde den Nachschub von schwerem Material für etwaige Luftlandetruppen auf den Inseln wirksam verhindern und deren Niederkämpfung zu einer bloßen Zeitfrage machen. Das Offenhalten der Sunde würde es hingegen den vereinigten Streitmächten ermöglichen, ihrerseits Truppen und Material zu landen und den Nachschub zu organisieren. Das Vorhandensein von starken Luftstützpunkten auf den dänischen Inseln und auf Jütland dient natürlich demselben Zwecke.

Noch wesentlicher aber als die bloße Verteidigung des Landes ist dessen Bedeutung in den größeren strategischen Zusammenhängen. Gelänge es im Kriegsfall den Armeen des Ostens, Dänemark zu besetzen und mit eigenen militärischen Stützpunkten zu versehen, könnte der Gegenangriff der Westmächte zu Lande nur frontal und also nur unter ungeheuren Opfern erfolgen. Bleibt jedoch Dänemark im Besitze der Atlantik-Streitkräfte, so können diese im Rücken der Ostarmeen operieren. Ihre Seestreitkräfte könnten die Ostseeküste blockieren, ihre Luftstreitkräfte den nördlichen Land-Nachschub der östlichen Streitkräfte lahmlegen und die Voraussetzungen für offensive Handlungen schaffen.

Es sind diese Überlegungen, die den dänischen Verteidigungs-nihilismus allmählich überwinden. Schien es früher unmöglich, ja, geradezu lächerlich, eine wirksame Landesverteidigung gegen einen Großmächtsangriff zu organisieren, so setzt sich jetzt die Überzeugung durch, daß eine solche Verteidigung im Rahmen der atlantischen Gemeinschaft nicht nur möglich ist, sondern alle Wahrscheinlichkeit des Erfolges für sich hat.

Einige sich in Einzelheiten ergehende spekulative Geister haben gefragt, wie wohl die Luftverteidigung etwa Kopenhagens möglich wäre, wenn auf der neutralen, nämlich schwedischen Seite des Öresunds die Lichter brennen sollten. Dazu ist zu sagen, daß das neutrale Schweden auch im zweiten Weltkrieg einige Tage sehr wirksam verdunkelt hatte und daß es wohl keinen Anstand nähme, alles zu tun, was seinem eigenen Schutz dient. Die Neutralität verpflichtet ja nicht, fremden Flugzeugen die Orientierung zu erleichtern. Übrigens wäre ein neutrales Schweden an und für sich ein sehr starkes Hindernis für die Entfaltung der Oststreitkräfte im Luft-, Land- und See-raume der Ostsee.

Dr. Dehler belehrt die Schweizer Sozialisten

(sp) Die Politik der SPD fand bei den Schweizer Sozialdemokraten nicht immer Verständnis. Das ist seit letzten Sonnabend anders. Dieses Kunststück brachte Bundesjustizminister Dr. Dehler zuwege. Wir lesen in der Basler "Arbeiter-Zeitung", dem offiziellen Organ der Schweizer Sozialdemokraten:

"Wir gestehen ganz offen zu, daß uns - und mit uns auch weiten Kreisen der organisierten Schweizer Arbeiterschaft - die Politik der deutschen Genossen gelegentlich ein leises Unbehagen verursacht. Von außen gesehen, konnten der - leider zu früh verstorbene - Dr. Kurt Schumacher und seine Parteifreunde den Eindruck erwecken, sie betrieben die Opposition um der bloßen Opposition willen, und sie verscherzten damit die Möglichkeiten eines annehmbaren Kompromisses, ja vielleicht sogar der Bildung einer Koalitionsregierung mit Beteiligung der Sozialdemokraten im westdeutschen Bundesgebiet. Nachdem wir am Samstagmorgen die Ausführungen des deutschen Bundesministers für Justiz, Dr. Th. Dehler, im Basler Hotel "Drei Könige" mitanhörten, müssen wir unsere Hefte allerdings revidieren: Es ist kaum anzunehmen, ein amtierendes Kabinettsmitglied tanze ausgerechnet mit einer im Ausland gehaltenen Rede derart aus der Reihe, daß man nicht die ganze Adenauer-Regierung bei seinen Worten behaften könnte.

Diese Worte waren nun von A bis Z eine Verherrlichung der Profitwirtschaft in Reinkultur, und nach diesem Vortrag begreifen wir es vollständig, daß jeder anständige deutsche Sozialdemokrat oder Gewerkschafter ein Tschelmechteln mit den gegenwärtigen Machthabern in Bonn entschieden ablehnt".

+ + +

Die verfärbte Braut

Der Kunst einen Scheiterhaufen zu errichten, ist das unbestreitbare Vorrecht totalitärer Staaten, und die freie Welt hat sich im Gegensatz zu solchen Gewohnheiten zu der Meinung bekannt, daß Kunst über aller Politik und über allen Gegensätzen stehe und folglich unantastbar sei. Man sollte meinen, daß dieser Grundsatz Allgemeingut in der demokratischen Welt sei. - Keineswegs. Als vor wenigen Tagen in Marburg in Hessen anlässlich einer Festwoche Smetanas "Verkaufte Braut" aufgeführt werden sollte, protestierte der Kreisvorstand der Landmannschaften der Sudetendeutschen heftig gegen eine solche Absicht, weil man doch in einer deutschen Festwoche keine tschechische Musik hören wolle.

Nun könnte man ja fast sagen, daß Smetana gar kein Tscheche ist, denn er war Untertan der österreichisch-ungarischen Monarchen, und er ist aus biologischen Gründen (er starb 1884) an der Entwicklung der Politik unseres Jahrhunderts in gar keiner Weise beteiligt. Ihn zu ächten, käme einer reichlich weit nach rückwärts gerichteter Sippenhaft gleich, ganz abgesehen davon, daß wir eine kollektive Achtung alles "Feindlichen" in unserer der Demokratie zugewandten Welt ohnehin ablehnen sollten. - Es ist nichts über den Erfolg des sudetendeutschen Protestes berichtet worden, und es ist wohl nicht anzunehmen, daß man der verfärbten Braut den Laufpaß gab. Auch ohne eine solche Konsequenz aber sollte man diese Erscheinungen anprangern und der zutage getretenen Gosinnung einen Scheiterhaufen errichten.

R.G.

+ + +

Um den Ausbau des Hochrheins

R.G.H. Während im Kanton Schaffhausen und zum Teil auch im Züricher Kanton zu einer Volksabstimmung gegen den Bau des Kraftwerkes Rheinau einige Kilometer unterhalb des Rheinfalls lebhafteste Propaganda gemacht wird, gegen ein Projekt, das in engstem Zusammenhang mit dem Ausbau des Hochrheins zu einer von Basel bis Konstanz führenden Schifffahrtstraße steht, hegt man im deutschen Bundesverkehrsministerium die Hoffnung, daß diese internationale Wasserstraße in absehbarer Zeit verwirklicht werden könne.

Bei dem Schifffahrtsprojekt handelt es sich um eine gesamteuropäische Frage, an deren Lösung nicht nur die Schweiz und insbesondere Baden-Württemberg interessiert sind; auch Holland, Belgien, Luxemburg, Frankreich und Österreich haben größtes Interesse an einer Weiterführung der Rheinschifffahrt über Basel bis in den Bodensee. Gegner des Planes sind, neben den Naturfreunden, eigentlich nur noch die Schweizer Bundesbahnen. Sie befürchten eine starke Einbuße ihres Frachtvolumens. Das wird bestritten.

Die Befürworter glauben nachweisen zu können, daß durch den Ausbau des Hochrheins die gesamte Ostschweiz, die in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung in den letzten Jahrzehnten gegenüber der Westschweiz zurückgeblieben ist, wesentlich hierdurch aufholen könne. Es wird vergleichend darauf hingewiesen, daß der starke wirtschaftliche Aufschwung der Schweiz in dieser Zeit nicht zuletzt die Folge der Rheinregulierung bis Basel gewesen sei, die damals in der Hauptsache von Deutschland getragen worden ist. Es ist bezeichnend, daß insbesondere die Schweizer Handelskammern, selbst Basel, sich für den Ausbau ausgesprochen haben.

Staatsrechtlich liegt im übrigen seit 1929 eine Verbindlichkeit der Schweiz für Beteiligung am Hochrhein-Ausbau vor; der damalige Staatsvertrag wurde nicht zuletzt als Gegenleistung an Deutschland für die Beachtung der schweizerischen Interessen beim Ausbau der Strecke Kehl-Basel abgeschlossen. Aus diesen juristischen und sachlichen Gründen hat bisher die eidgenössische Bundesregierung auch zu allen Protesten von Seiten einzelner Kantone und des Heimatschutzes Nein gesagt.

---

Verantwortlich: Peter Raunau